

Werbung

**friedrich.
report**Fundierte Analysen zu
Aktien, Rohstoffen & Bitcoin

Nur für begrenzte Zeit:

**Sichere dir 10%
mit dem Code****APOLLO**

03.12.2025 • 23

Generation Deutschland

Nach AfD-Jugendgründung erhöhen SPD und Grüne den Druck für ein Verbotsverfah- ren

Nach der Gründung der neuen AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ erhöhen SPD, Grünen und Linken der Druck auf ein mögliches Parteiverbot. SPD-Rechtspolitikerin Carmen Wegge behauptet, die Jugend sei „radikaler als zuvor“.

Von Redaktion



IMAGO/Revierfoto

Die Gründung der neuen AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ in Gießen verschärft die Debatte über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren. Politiker

von SPD, Grünen und Linken sehen durch den neuen Jugendverband zusätzliche Anhaltspunkte für eine rechtliche Neubewertung.

Die rechtspolitische SPD-Sprecherin Carmen Wegge sagte der *Rheinischen Post*, die neue Jugendorganisation sei „radikaler als zuvor“ und als „echte Parteijugend“ seien deren Handlungen und Beschlüsse nun „unmittelbar der Gesamtpartei zurechenbar“. Dies erhöhe die Erfolgsaussichten eines Verbotsverfahrens, die „nach diesem Wochenende nochmal gestiegen“ seien, sagte Wegge. Die SPD bleibe „Motor für ein überparteiliches Vorgehen zum Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung“, sagte Wegge der *Frankfurter Rundschau*. Man nehme den Parteitagsbeschluss ernst.

Werbung

Die SPD-Fraktionsvize Sonja Eichwede sagte der *Frankfurter Rundschau*, die neue Jugendorganisation sei keine Abkehr von früheren Positionen; vielmehr zeigten die Botschaften des Gießener Treffens „klar ihre Radikalisierung“. Da es sich um eine offizielle Parteijugend handle, seien deren Aktivitäten der AfD zurechenbar.

Aus den Reihen der Grünen kommen ähnliche Forderungen. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Irene Mihalic sagte in der *Frankfurter Rundschau*: „Dass wir die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren prüfen, wird nach der Gründung der AfD-Jugend noch dringlicher, denn nun stellt sich die gesamte Formation eindeutig unter den Schild des Parteienrechts.“ Gegenüber der *Rheinischen Post* erklärte Mihalic, die Prüfung eines AfD-Verbots sei „nicht weniger dringlich geworden, ganz im Gegenteil“. Die Beiträge der Gießener Veranstaltung hätten einen „rechtsextremen, völkischen Charakter“ gezeigt, der „mehr als deutlich“ geworden sei.

Werbung

Der Grünen-Bundesvorsitzende Felix Banaszak sagte im Interview mit der *Frankfurter Rundschau* über die neue Jugendorganisation, diese stelle sich „offen gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung“. Sie sei ein

„Sammelbecken“ für Rechtsextremisten und damit ein zusätzlicher Beleg für eine strukturelle Radikalisierung der Partei. Daraus folge für ihn: „Die Bundesregierung muss mit aller Ernsthaftigkeit ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht voranbringen.“

LESEN SIE AUCH:



Maier und Badenberg

Thüringer und Berliner Minister für Verbot der AfD Thüringen – und Grundrechtsentzug für Höcke

Jonas Aston • 145



AfD-Jugendgründung

„Hochproblematische rechtliche Parallelwelt“: Hessens Innenminister attackiert angekündigte Demonstrationen in Gießen

Jonas Aston • 134

Der innenpolitische Sprecher Marcel Emmerich sagte der *Frankfurter Rundschau*, es brauche eine „schnelle Einschätzung“ der Sicherheitsbehörden, um „rechtsstaatlich weitere Schritte auf dem Weg zu einem Verbotsverfahren vorzubereiten“.

Aus der Linksfraktion kommt Zustimmung. Die innenpolitische Sprecherin Clara Bünger sagte der *Frankfurter Rundschau*: „Ein Prüfverfahren für ein AfD-Verbot ist längst überfällig.“ In einer AFP-Meldung warnte Bünger zudem, viele Verantwortliche der neuen Jugendorganisation pflegten „beste Kontakte zu rechtsextremistisch eingestuften Organisationen und Personen“. Die Gefahr, die von „Generation Deutschland“ ausgehe, finde „jetzt statt und ist für wirklich jeden sichtbar“.

cm

Teilen:

Zu den Kommentaren (23) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 €

15 €

25 €

50 €

100 €

Anderer Betrag (€)

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay